

Stellungnahme der Gemeinde Ebersdorf b.Coburg im Rahmen der Konsultation zum Ersten Entwurf des Netzentwicklungsplans 2030

Die Gemeinde Ebersdorf b.Coburg spricht sich ausdrücklich gegen den Aus- und Neubau weiterer Stromtrassen durch das Ebersdorfer Gemeindegebiet aus und erhebt im Rahmen der Konsultation zum Ersten Entwurf des Netzentwicklungsplans 2030 folgende Einwendungen gegen die Planungen für den Leitungsbau der Projekte P 44 (Altenfeld - Grafenrheinfeld) und P 44 mod (Schalkau - Redwitz):

1. Kritik an der Form der Öffentlichkeitsbeteiligung

Die mangelnde Öffentlichkeitsbeteiligung im Anhörungsverfahren zum Ersten Entwurf des Netzentwicklungsplans 2030 ist nicht hinnehmbar.

Das Einstellen des Entwurfes Netzentwicklungsplans 2030 ins Internet reicht bei weitem nicht aus, um sich als Bürger über die Vorhaben zu informieren. Wer sich nicht konkret mit dem Thema beschäftigt oder keine Möglichkeit hat die Unterlagen im Internet einzusehen, hat praktisch keine Möglichkeit, sich über den Entwurf zu informieren. Des Weiteren ist dem „Normalbürger“ nicht möglich, die notwendigen Informationen aus den umfangreichen Unterlagen herauszulesen.

Die Durchführung einer einzigen Informations- und Dialogveranstaltung mit einer relativ kurzen Anmeldefrist von 7 Tagen und die Begrenzung der Teilnehmer sprechen unseres Erachtens dafür, dass eine tatsächliche Bürgerbeteiligung nicht gewünscht wird.

Wenn es den Netzbetreibern tatsächlich, wie im Vorwort genannt, um eine rege Beteiligung ginge, wäre die Durchführung mehrerer Informations- und Dialogveranstaltungen sicherlich möglich. Auch sollten diese nicht nur in Berlin, sondern auch - in von den möglichen Leitungen betroffenen Regionen - stattfinden.

Ansonsten klingt der Satz **„Wir hoffen auf eine rege Beteiligung an der Konsultation, schließlich lebt der NEP auch von den Perspektiven, dem Wissen und den konstruktiven Vorschlägen aus allen Bereichen der Gesellschaft“** aus dem Vorwort wie eine hohle Phrase.

Auch für das Konsultationsverfahren zum Netzentwicklungsplan sollten von der Politik erweiterte Beteiligungsvorschriften vorgeschrieben werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass jeder Bürger die Möglichkeit gegeben wird, sich ausreichend über den Netzausbau und die Netzentwicklung zu informieren.

2. Zweifel an der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit von neuen Übertragungsleitungen

In den, für die Planung herangezogenen Szenarien, werden unseres Erachtens falsche Annahmen zu Grunde gelegt.

So könnte die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von Gaskraftwerken einen weiteren Netzausbau nicht erforderlich werden lassen.

Auch der zu erwartende technische Fortschritt hinsichtlich neuer Speichertechnik und eine mögliche Reduzierung des zukünftigen Verbrauchs sind unseres Erachtens ebenfalls nur unzureichend berücksichtigt.

In den Szenarien spielt der Stromexport eine wesentliche Rolle. Der Bedarf an neuen Netzen müsste ohne die Einbeziehung des Stromexportes erfolgen. In der Abwägung muss den Schutzbelangen von Mensch und Natur immer Vorrang vor den wirtschaftlichen Interessen der Netzbetreiber eingeräumt werden.

Bereits heute sind zahlreiche neue Leitungen im Bau bzw. fertig gestellt, wie die Leitung Altenfeld – Redwitz. Ohne die Fertigstellung dieser Leitung vor Abschaltung des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld sollte die Versorgungssicherheit nicht mehr gewährleistet sein. Nun wurde dieses bereits vom Netz genommen, bevor die 380-kV Leitung Altenfeld – Redwitz in Betrieb gehen konnte.

Fakt ist jedoch, dass es trotz der prognostizierten Engpässe durch die Abschaltung von Atomkraftwerken in Süddeutschland zu keinen Versorgungsengpässen kam. Auch die von der Bundesnetzagentur immer wieder beschriebene Überlastung der bestehenden Netze führte zu keinen nennenswerten Vorfällen in Süddeutschland. Die Versorgungssicherheit hat also dadurch nicht gelitten.

Es erschließt sich uns nicht, dass nun eine zusätzliche Leitung P44 Schalkau - Grafenrheinfeld bzw. P44 mod Schalkau – Redwitz wiederum mit der Versorgungssicherheit begründet werden kann, insbesondere vor dem Hintergrund, dass bislang noch nicht einmal die bereits installierten Systeme vollständig in Betrieb sind.

Der Entwurf des Netzentwicklungsplans 2030 zeigt, dass es den Netzbetreibern nicht vorrangig um die Versorgungssicherheit geht, sondern die Stromtrassen zum Export von zentral erzeugtem Kohlestrom genutzt werden sollen.

3. Ablehnung von Trassen mit Berührung zum Gemeindegebiet von Ebersdorf b.Coburg sowie dem Landkreis Coburg gesamt

Sowohl die Bürger der Gemeinde Ebersdorf b.Coburg als auch die des Landkreises Coburg sind bereits jetzt durch die bestehende 380 kV-Leitung Altenfeld-Redwitz, die BAB A 73 und die ICE-Trasse über Gebühr belastet.

Der Bau einer zweiten Trasse oder, wie vom Netzbetreiber ebenfalls in den Raum gestellt, der Abriss der neugebauten Leitung mit dem damit verbundenen Neubau wäre ein Schildbürgerstreich und sind nicht hinnehmbar.

Bei einer Bündelung der Leitungen werden die bisher vorgegebenen Mindestabstände nicht mehr eingehalten, gerade zwischen Dörfles-Esbach und Rödental und auch zwischen Weidhausen und Sonnefeld ist der Bau einer weiteren Trasse nicht mehr möglich.

4. Überprüfung anderer Netzverknüpfungspunkte und alternativer Einzelmaßnahmen

Die anderweitigen Planungsmöglichkeiten, besonders die Prüfung anderer Netzverknüpfungspunkte und alternativer Einzelmaßnahmen wurden nicht ausreichend überprüft.

Wir beantragen daher alternativ eine Überprüfung eines möglichen Netzausbaues mit 4 Stromkreisen zwischen den Netzverknüpfungspunkten Remptendorf und Redwitz.

Derzeit wird in diesem Bereich lediglich eine Netzverstärkung einer bestehenden älteren Leitung (P185) geplant.

Diese bestehende Leitung wurde vor vielen Jahren mitten durch Ortschaften, wie z.B. Mannsgereuth (Gemeinde Redwitz), gebaut.

Im Rahmen eines Netzausbaues, mit der möglichen Bezeichnung P44mod 2, könnte die alte 380-kV-Leitung zurückgebaut werden und eine neue Leitung mit den vorgeschriebenen Abständen zu den Siedlungen neu erstellt werden.

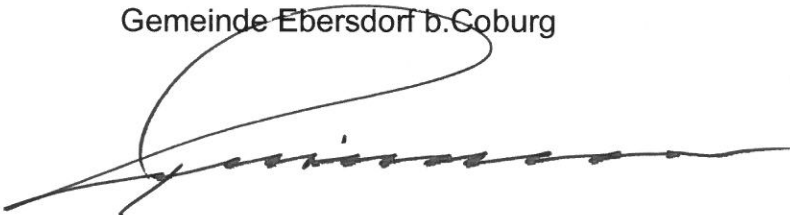
Die nötigen zusätzlichen Stromkreise für den Netzverknüpfungspunkt Remptendorf könnten über die Netzverstärkung und dem Neubau in bestehender Trasse Röhrsdorf-Weida-Remptendorf (P39) erstellt werden.

Eine weitere Alternative zur jetzigen Trassenführung der P44 könnte eine Trassierung Schalkau-Hildburghausen-Grafenrheinfeld sein.

Sie müssten wie bei der jetzigen Trasse den Thüringer Wald nicht mehr zusätzlich queren und würden das Coburger Land nicht mehr „überbündeln“, denn mit dem engen Korridor in dem sich Autobahn A 73, ICE und Thüringer Strombrücke jetzt schon befinden sind wir genug „gebündelt“.

Mit der Veröffentlichung der Stellungnahme besteht Einverständnis.

Gemeinde Ebersdorf b. Coburg



Reisenweber

Erster Bürgermeister